



POLITIK / KOMMENTAR

Türkei - kurz, Präsident Erdogan hat die Macht ...

(SB) - Recep Tayyip Erdogan hat die parlamentarische Demokratie de facto beseitigt und die Türkei in einen profaschistischen Staat umgeformt. Die formale Gewaltenteilung existiert nicht mehr, die Exekutive diktiert Gesetzgebung und Rechtsprechung, die Medien sind nahezu gleichgeschaltet. Unablässige Wellen von Säuberungen haben Streitkräfte und Polizei auf Regierungskurs gebracht, der mächtige Geheimdienst und die Religionsbehörde gehen Erdogan zur Hand. Wenn gleich sein Stern in Meinungsumfragen sinkt, will das nichts besagen. Das Präsidentialregime läßt sich mit demokratischen Verfahren wie Wahlen oder ... (S. 3)

EUROPOOL / POLITIK

Faschistische Randalen in Rom wollte die Regierung stürzen, Lega-Führer Salvini seinen Abstieg aufhalten

(Gerhard Feldbauer) - In Rom demonstrierten am Sonnabend auf dem Gelände des historischen Circo Massimo mehrere hundert Faschisten verschiedener Couleur, darunter Fußball-Ultras von Lazio Rom und Inter Mailand, der größten Ultra-Gruppe, mit der Sturmtruppe der Lega ... (S. 6)

USA und Europa befeuern Kriege in Afrika ...

(SB) 9. Juni 2020 - Die Menschen in der Sahelzone müssen sich nicht nur vor den Dschihadisten fürchten, die sich dort in mehreren Ländern breitgemacht haben, um ein religiös konnotiertes Regime aufzubauen, sondern auch vor den regulären Armeen. Es häufen sich die Berichte über von ihnen verübte Hinrichtungen, Massentötungen, Folterungen und das Verschwindenlassen von Menschen. Hinzu kommt, daß Frankreich, Deutschland und zahlreiche weitere europäische Länder sowie die USA immer mehr Soldaten entsenden und Kriegsgerät an die nationalen Streitkräfte liefern. Entgegen der Propaganda auch seitens der Bundesregierung werden die Kampfhandlungen dadurch nicht eingedämmt, sondern verstärkt.

Zur Beantwortung der Frage, wann der Konflikt in Afrika, respektive in der Sahelzone angefangen hat, muß man sicherlich bis zum europäischen Kolonialismus zurückgehen. Auch wenn die Zeit davor nicht konfliktfrei gewesen war, hat doch das von den europäischen Unternehmen und Staaten eingebrachte industrielle Verwertungsinteresse mit Sklavenhandel, Kautschukgewinnung, Erzabbau und Zugriff auf landwirtschaftliche Flächen so-

wie den willkürlichen Grenzziehungen die sozialen Unterschiede innerhalb der afrikanischen Regionen und damit das Konfliktpotential enorm verstärkt. Ähnlich verhält es sich auch mit dem neuzeitlichen Bekriegen bewaffneter Gruppen und Organisationen in der Sahelzone unter dem Label "Terrorismusbekämpfung" seit ungefähr Mitte der Nuller Jahre.

Es läßt sich nicht genau bestimmen, was zuerst da war, der sogenannte Terrorismus oder dessen Bekämpfung. Als die USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den Globalen Krieg gegen den Terror ausgerufen und im Verlaufe dessen ihre militärische Präsenz in der Sahelzone ausgebaut haben, um, wie es hieß, illegale Kombattanten zu bekämpfen, hatte es bis dahin in Westafrika das Phänomen der Sprengstoffanschläge durch islamistische Gruppen noch gar nicht gegeben. Heute hingegen kann man die Sahelzone als Kriegsgebiet bezeichnen, auch wenn dort keine klassischen Fronten zwischen zwei oder mehr Kriegsparteien existieren.

In diesem Krieg wurden schon Tausende Soldaten und Zivilisten getötet, berichtet AFP in einem Übersichtsartikel. [1] Zu der Zahl

der getöteten Dschihadisten liegen keine Angaben vor. Die Bevölkerungen von Mali, Niger und Nordnigeria, in Teilen auch in Burkina Faso, Tschad und weiteren Ländern sind zwischen die Mühlsteine geraten. Von beiden Seiten werden gezielte Tötungen vorgenommen. Deshalb würde es der Sache nicht gerecht, von Kollateralschäden zu sprechen. Allein die malische Armee hat zwischen Januar und März dieses Jahres 101 außergerichtliche Hinrichtungen durchgeführt, wird seitens der UN-Friedensmission in Mali, MINUSMA, gemeldet. Im selben Zeitraum haben nigri-sche Soldaten auf malischem Boden weitere knapp 30 Menschen extralegal exekutiert.

Ähnliche Verdachtsfälle würden auch aus Burkina Faso geschildert, schreibt AFP. Dort seien im Mai dieses Jahres in Polizeigewahrsam zwölf Personen, denen dschihadistische Aktivitäten zu Last gelegt worden waren, ums Leben gekommen. Angehörige und Nichtregierungsorganisationen erklärten, daß es sich bei den Getöteten um einfache Zivilisten gehandelt hat und daß diese gemeinsam exekutiert worden sind. Inzwischen haben burkinabische Behörden zugesagt, Ermittlungen zur Aufklärung der Todesumstände aufzunehmen.

Laut der International Crisis Group werden aus der westnigri-schen Region Tillaberi 102 Zivilisten vermißt. Mutmaßlich wurden sie von Soldaten verschleppt. Der Verteidigungsminister Nigers hat eine Untersuchung der Vorfälle angekündigt. Sicherlich würde es die Moral der Truppen schwächen, würden die angekündigten Untersuchungen mit der

gleichen Konsequenz betrieben wie bei zivilrechtlichen Verfahren. Anders gesagt: Es wäre nicht verwunderlich, verliefen die Ermittlungen im Sande.

Laut AFP zählen vor allem Menschen von der Volksgruppe der Fulani zu den Opfern staatlicher Gewalt. Die Fulani betreiben vorzugsweise Viehwirtschaft und ob-schon einige von ihnen sich den Dschihadisten angeschlossen haben, wäre es eine schwere Fehleinschätzung, sie pauschal zu bezichtigen. Denn das schürt lediglich den Haß und spielt ausge-rechnet jenen in die Hände, deren Einfluß man von staatlicher Seite zurückzudrängen versucht.

Die wirksamste Bekämpfung des Dschihadismus bestünde vermutlich darin, dafür zu sorgen, daß die Lebensverhältnisse der Bevölkerung im allgemeinen angehoben und die Einkommensunterschiede reduziert werden. Nur solange die bewaffneten Kämpfer Rückhalt zumindest in Teilen der Bevölkerung genießen, haben sie es leicht, unentdeckt zu bleiben. Ohne einen solchen Rückhalt wäre es kaum möglich, sich dauerhaft vor den Regierungssoldaten zu verstecken. Wobei dazu ergänzt werden muß, daß die Dichte des Straßennetzes und die Entfernungen in der Sahelzone nicht mit europäischen Verhältnissen vergleichbar sind. Das Kerngebiet der Kämpfe erstreckt sich über mehrere tausend Kilometer von Mali im Westen bis Tschad im Osten. Mauretanien, Senegal, Ghana, Elfenbeinküste, Zentralafrikanische Republik und andere Länder der Großregion sind mit unterschiedlicher Intensität ebenfalls in den Konflikt involviert.

Eben weil kaum klare Fronten existieren, kann der Gegner nicht gestellt werden, und daß es überhaupt ein "Gegner" ist, entspringt bereits dem westlichen, regie-rungsnahen Sprachgebrauch. Der muß sich keineswegs mit dem der Menschen vor Ort decken, die von ihren Regierungen vernach-lässigigt wurden und nicht von den Soldaten geschützt werden. Die Dschihadisten haben auch deshalb einen gewissen Zulauf, weil sie eben nicht nur Menschen töten, Mädchen entführen und ganze Dörfer brandschatzen, sondern weil sie regional auch schon mal Versorgungsstrukturen aufbauen, die denen des Staates überlegen sind. Diese Art der sozialen Absicherung auf der einen Seite und die Repressionen seitens der Regierungssoldaten auf der anderen Seite sorgen dafür, daß die islamistisch orientierten Kampfgruppen ihren Einfluß ausdehnen konnten.

Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich wird von vielen als die neue Kolonialmacht Frankreich angesehen. Diese hat inzwischen alles in allem 5.100 Soldaten im Rahmen der Operation Barkhane entsandt und wurde bzw. wird teilweise noch von anderen Ländern wie dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Kanada, Estland sowie den G5-Staaten Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad unterstützt. Letztgenannte haben auch eine eigene, 5.000 Mann starke G5-Sahel-Force eingerichtet, die sogenannten Terrorismus, Menschenschmuggel und Drogenhandel bekämpfen soll.

Takuba nennt sich eine weitere von zahlreichen europäischen Ländern abgeseignete Kampftrup-

pe, die an der Seite der malischen Armee und eingebunden in die Befehlsstruktur der Operation Barkhane, bewaffnete Gruppen in der Region Liptako im Grenzgebiet von Burkina Faso, Niger und Mali bekämpfen soll.

An der Europäischen Ausbildungsmission in Mali (EUTM) sind neben Deutschland mehr als zwei Dutzend europäische Staaten beteiligt. Sie sollen die malischen Streitkräfte nicht nur trainieren, sondern auch waffentechnisch aufrüsten. MINUSMA wiederum ist eine "Friedensmission" unter UN-Schirmherrschaft, die rund 13.000 Blauhelmsoldaten umfaßt, darunter 1100 aus Deutschland.

Es sind deutlich voneinander zu unterscheidende Vorgehensweisen, ob die Soldaten Islamisten und Schlepper bekämpfen oder ob sie die Zivilbevölkerung beschützen. Das gilt auch für die westlichen Interventionstruppen. Sie sind in erster Linie nicht zum

Schutz der örtlichen Bevölkerung da, sondern zum Schutz der eigenen hegemonialen Interessen. Deshalb ist es alles andere als selbstverständlich, daß sie von den Einheimischen als jene "Befreier" angesehen werden, als die sie sich selbst gerne präsentieren. Das gilt auch für die Truppen unter UN-Mandat in Afrika.

Ohne eine Entflechtung der verschiedenen Interessenslinien und den Rückzug ausländischer Interventionstruppen sowie die Streichung militärisch-finanzieller Hilfe sämtlicher beteiligter Parteien dürften die Chancen zur Beilegung der Konflikte in der Sahelzone äußerst gering sein. Selbstverständlich ginge der Schuß nach hinten los, würde ein Machtvakuum geschaffen, daß dann durch andere Interessen, zum Beispiel seitens der Türkei, Rußlands oder einem der Golfstaaten, gefüllt wird. Doch der gemeinsame Ausgangspunkt des Dschihadismus und der Migrationsströme bildet die soziale Un-

gleichheit sowohl innerhalb der afrikanischen Länder als auch zwischen Afrika und Europa. Bekämpft werden die Folgeerscheinungen und nicht die Voraussetzungen der Konflikte.

Solange Afrika mal von oben herab (kolonialzeitlich), mal auf Augenhöhe (neokolonial) als Ressourcenkontinent und unteres Ende der Wertschöpfungskette wahrgenommen wird und Menschen mit Gewalt daran gehindert werden, das riesige Wohlstandsgelände räumlich zu überwinden und nach Europa zu migrieren, ist kein Ende der Kämpfe absehbar.

Anmerkung:

[1] https://www.africadaily.net/reports/Sahel_armies_accused_of_disappearances_and_killings_raising_alarm_999.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/afka2215.html>

POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

Türkei - kurz, Präsident Erdogan hat die Macht ...

"Ich werde festgenommen. Widerstand heißt Leben."

Kurdische HDP-Politikerin Leyla Güven per Twitter aus Diyarbakir [1]

(SB) 9. Juni 2020 - Recep Tayyip Erdogan hat die parlamentarische Demokratie de facto beseitigt und die Türkei in einen profaschisti-

schen Staat umgeformt. Die formale Gewaltenteilung existiert nicht mehr, die Exekutive diktiert Gesetzgebung und Rechtsprechung, die Medien sind nahezu gleichgeschaltet. Unablässige Wellen von Säuberungen haben Streitkräfte und Polizei auf Regierungskurs gebracht, der mächtige Geheimdienst und die Religi-

onsbehörde gehen Erdogan zur Hand. Wenngleich sein Stern in Meinungsumfragen sinkt, will das nichts besagen. Das Präsidialregime läßt sich mit demokratischen Verfahren wie Wahlen oder Gerichtsurteilen nicht mehr abschaffen. Wo immer es eng zu werden droht, geht das Regime mit massivsten Mitteln wie der

Inhaftierung oppositioneller Politiker zu Werke. Erdogan, der ideologisch der Muslimbruderschaft nahesteht, schwebt eine patriarchal-islamistische Gesellschaft vor, deren reaktionäre Ordnung er dem Land gegen alle Widerstände aufzuzukroyieren versucht.

Um die Opposition im Parlament einzuschüchtern, zu schwächen und zu dezimieren, wurden drei Abgeordneten durch die Mehrheit aus der Regierungspartei AKP und ihrer faschistischen Koalitionspartnerin MHP die Mandate und die damit verbundene Immunität entzogen. Begründet wurde dieses Vorgehen mit noch nicht vollstreckten gerichtlichen Verurteilungen der drei Abgeordneten. Obwohl die maßgeblichen Gerichtsurteile schon geraume Zeit zurückliegen, hatte die AKP das Thema bisher nicht ins Parlament gebracht. Nun aber nutzte die Regierungspartei die erste Sitzungswoche nach einer Corona-Pause, um die Urteile im Parlament verlesen zu lassen und den Oppositionsabgeordneten damit die Mandate abzuerkennen. [2]

Der Entzug der Mandate wurde in einer äußerst angespannten Sitzung des Parlaments beschlossen. Abgeordnete der Opposition schlugen mit den Fäusten auf ihre Tische und riefen zu einer geschlossenen Front gegen den "Faschismus" auf. Die Demokratische Partei der Völker (HDP) verurteilte die Maßnahme als "korrupten, unmoralischen und faschistischen Putsch" gegen den "freien Willen der Völker". Der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroglu schrieb auf Twitter ebenfalls von einem "Putsch" und kritisierte die "Feindseligkeit" der

regierenden AKP von Präsident Recep Tayyip Erdogan "gegenüber den Kurden".

Nur wenige Stunden später wurden die kurdische Politikerin Leyla Güven von der HDP und ihr Parteikollege Musa Farisogullari in Diyarbakir verhaftet. In Istanbul brachte die Polizei den gleichfalls verhafteten Enis Berberoglu von der kemalistischen CHP ins Gefängnis von Maltepe. Der Journalist Berberoglu war 2018 unter dem Vorwurf der Spionage zu fast sechs Jahren Haft verurteilt worden, weil er der Tageszeitung Cumhuriyet Filmmaterial über illegale Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an dschihadistische Kampfverbände in Syrien zugespielt haben soll. Eine Vollstreckung der Strafe, die durch eine 16monatige Untersuchungshaft schon teilweise abgegolten war, hatte das Gericht mit Blick auf die Wiederwahl Berberoglus ins Parlament ausgesetzt.

Güven und Farisogullari waren im Jahr 2009 im Rahmen von Operationen festgenommen worden, die sich vor allem gegen kurdische Kommunalpolitiker richteten. Sie wurden im September 2019 wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung - gemeint ist die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) - zu Haftstrafen von sechs Jahren und drei Monaten beziehungsweise neun Jahren verurteilt. Da beide bereits fünf Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatten, ist gegen Güven nur eine Reststrafe von zwei Monaten offen. Daher bezeichnete ihre Anwältin Reyhan Yalcindag die jetzige Verhaftung als völlig unbegründet. Zudem seien beide Verfahren noch beim Verfassungsgericht anhängig und der

Mandatsentzug daher rechtswidrig.

Die 54jährige Güven engagierte sich seit Jahrzehnten in der Frauenbewegung. Sie wurde 2009 zur Bürgermeisterin der Stadt Viransehir gewählt und war als Kovorsitzende des als eine Art kurdisches Regionalparlament agierenden "Demokratischen Gesellschaftskongresses" (DTK) tätig. Leyla Güven gilt als Symbolfigur für die HDP, führte sie doch 2018 und 2019 einen rund 200 Tage andauernden Hungerstreik für die Aufhebung der Isolationshaft Abdullah Öcalans durch. Ihr Hungerstreik, dem sich zuletzt Tausende in der Türkei inhaftierte PKK-Mitglieder sowie Aktivisten in Europa angeschlossen hatten, endete im Mai 2019, nachdem sich Öcalan in einem Brief gegen eine Fortsetzung ausgesprochen hatte.

Der HDP-Vorsitzende und stellvertretende Parlamentspräsident Mithat Sancar erklärte, seine Partei werde sich nicht aus dem Parlament zurückziehen, sondern weiter in der Volksvertretung für die Demokratie kämpfen. "Alle Probleme müssen mit demokratischen Mitteln gelöst werden", unterstrich Sancar. Erdogan greift die CHP in vielen seiner Reden an. Der HDP, die eine legale Partei ist, wirft er vor, der verlängerte Arm der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK zu sein. Die HDP weist das zurück. Zuletzt wurden Mitte Mai fünf HDP-Bürgermeister wegen Terrorvorwürfen festgenommen und des Amtes enthoben. Einer Sprecherin der Partei, Bermali Demirdögen, zufolge sind seit den Kommunalwahlen Ende März 2019 insgesamt 45 HDP-Bürgermeister ab-

gesetzt worden. Damals waren zahlreiche Bürgermeisterposten an HDP-Politiker gegangen. Nur noch zwölf von ihnen verblieben im Amt. Üblicherweise setzt die Regierung Zwangsverwalter aus den eigenen Reihen ein. [3]

Meinungsumfragen sehen Erdogan und seine seit mehr als 17 Jahren regierende AKP infolge der durch die Coronapandemie weiter verschärften wirtschaftlichen Krise in einem Zustimmungstief. Die "Volksallianz" aus AKP und MHP käme derzeit nur noch auf 43 bis 48 Prozent. Auf den ersten Blick erscheinen daher mögliche vorgezogene Neuwahlen vor dem regulären Abstimmungstermin 2023 für den Präsidenten nicht ratsam. Da sich die Wirtschaftslage jedoch aller Voraussicht nach weiter verschlechtern wird, rechnen Oppositionskreise damit, daß die Regierung einen früheren Zeitpunkt anstrebt. Dafür spricht, daß AKP und MHP Änderungen des Wahl- und Parteiengesetzes zu ihren Gunsten planen. So sollen Wahlallianzen, die kleinen Parteien das Überspringen der Zehn-Prozent-Hürde ermöglichen, ebenso abgeschafft werden wie die für Erdogan derzeit nicht ohne weiteres zu erreichende Mindestmenge von 50 Prozent plus einer Stimme für die Wahl zum Präsidenten. Auch soll die gegenseitige Unterstützung von Oppositionsparteien durch den Parteiwechsel von Abgeordneten verboten werden. Mit dem Abgeordnetentransfer können sich kleinere Parteien die Teilnahme an Wahlen sichern, ohne die sonst nötigen Voraussetzungen wie den Nachweis von Parteibüros in mindestens der Hälfte des Landes zu erfüllen. Derzeit bauen die ehemaligen Erdogan-

Mitstreiter Ali Babacan und Ahmet Davutoglu eigene Parteien auf, die AKP-Wähler abwerben wollen.

Das Regime erweckt vordergründig den Eindruck, es fänden demokratische Wahlen statt, um einen Sieg der AKP und MHP zu legitimieren. In der Türkei haben jedoch seit Jahren keine Urnengänge mehr stattgefunden, die nicht von der Regierung massiv manipuliert worden wären. Stets wurde die Opposition durch Propaganda, Verbote, Inhaftierungen und offene Gewalt unter Druck gesetzt. Daß sie dennoch wie bei den letztjährigen Kommunalwahlen in allen großen Städten gewann, war zweifellos ein Alarm-signal für das Regime, die Fortschreibung des Präsidialsystems und der Regierungsmacht zu sichern, bevor der Widerstand gegen die reaktionäre und repressive Umgestaltung der Gesellschaft nicht mehr einzudämmen ist. So hat das Parlament vor wenigen Tagen mit Regierungsmehrheit beschlossen, eine Hilfspolizei zu bewaffnen, die als Miliz Erdogans fungieren wird. Die sogenannten Nachbarschaftswächter wecken nicht von ungefähr Befürchtungen vor einer Art Schariapolizei, die monierte Abweichungen aller Art bespitzelt, denunziert und sanktioniert.

Welche Verhältnisse der türkischen Gesellschaft kraft dieses Regimes zugeordnet sind, zeigt der Kurs Erdogans seit 2014 in aller Deutlichkeit. Hatte er bis dahin Kreide gefressen, um westliche Werte zu demonstrieren, setzt er seither die Ablehnung und Verfolgung ethnischer Minderheiten, das Primat eines fundamentalistischen Islam und den Kampf ge-

gen emanzipatorische Bestrebungen wie insbesondere die Frauenbewegung auf seine Agenda. Damit kehrte er seine Herkunft aus dem Weg der Muslimbruderschaft und eines autokratischen Staates wieder hervor. 2002 wurde in der Türkei ein Gesetz verabschiedet, wonach der Ehemann nicht mehr das Oberhaupt der Familie sei. Seit 2004 steht in der Verfassung: "Frauen und Männer sind gleichberechtigt; der Staat ist verpflichtet, die Gleichheit zu verwirklichen." Die türkische emanzipatorische Frauenbewegung kämpft dafür, daß das nicht nur auf dem Papier steht.

Dagegen baut die AKP die konservative Frauenorganisation Kadem auf, deren Vizepräsidentin und Mitbegründerin Erdogans Tochter Sümeyye ist. Um die Gleichstellung von Frauen geht es dabei nicht, denn wie Erdogan 2014 auf einem Kadem-Kongreß unter Beifall klarstellte, könne man Frauen und Männer nicht gleichstellen, da das gegen die Natur sei. Kadem vertritt die Auffassung, daß die beiden Geschlechter von der Schöpfung her unterschiedlich seien und daher auch nicht gleichgestellt sein könnten, sondern einander ergänzen müßten.

Für heftige Debatten sorgt derzeit ein Gesetzentwurf der AKP, wonach der Mißbrauch von Kindern nicht mehr unter Strafe stehen soll, wenn Opfer und Täter heiraten. Sexuelle Kontakte zwischen Erwachsenen und Minderjährigen könnten rückwirkend für straffrei erklärt werden, wenn der Altersunterschied zwischen den beiden nicht mehr als fünfzehn Jahre beträgt, das Opfer den Täter nicht angezeigt hat und einer Ehe zu-

stimmt. Verteidigt wird das Vorhaben damit, daß Tausende Männer im Gefängnis saßen, weil sie mit einer Minderjährigen verheiratet seien, da auch in der Türkei das gesetzliche Heiratsalter bei achtzehn Jahren liegt. Schon seit langem plant die Regierung ein weiteres Gesetz, das einem Vergewaltiger Strafmilderung zusichert, wenn dieser sein Opfer heiratet, weil dadurch die "Ehre der Frau" wiederhergestellt sei. Das Gesetz scheiterte trotz mehrmaliger Versuche am Protest der Frauenorganisationen, steht nun aber wieder auf der Agenda.

Die Türkei ratifizierte 2012 ein umfassendes Abkommen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, die sogenannte Istanbul-Konvention, deren Umsetzung jedoch bis heute auf sich warten läßt. Im Februar 2020 kündigte Erdogan an, die Konvention noch einmal zu überprüfen, da sie Familien untergrabe und Männer zu Sündenböcken mache. Dabei steigt die Zahl von Frauenmorden und häuslicher Gewalt in der Türkei an. Allein im Jahr 2018 wurden 440 Frauen von ihrem Partner oder einem Familienmitglied ermordet, fast viermal so viele wie in Deutschland, und 2019 fielen in der Türkei 474 Frauen tödlichen Übergriffen zum Opfer.

Frauen, die gegen Gewalt, Mißbrauch und sexuelle Belästigung protestieren, bezeichnete Erdogan als "unislamisch". Gewalt gegen Frauen wird durch die Regierungspolitik der AKP befeuert und legitimiert, Repressionen gegen die Frauenbewegung nehmen zu: Frauenorganisationen werden verboten, neue Frauenhäuser oder Krisenzentren für Vergewaltigungsfälle bei der Polizei sind

nicht in Sicht, Berichterstattung über Gewalt gegen Frauen ist unerwünscht. Schon 1998 nannte Erdogan, damals Bürgermeister von Istanbul, Verhütung einen "Verrat", der den Fortbestand der Nation gefährde. 2014 bezeichnete er Frauen, die lieber arbeiten und Karriere machen wollen, als "mangelhaft". Frauen sollten mindestens drei Kinder gebären, damit die Türken nicht zur Minderheit werden. Das türkische Religionsministerium Diyanet rät Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, "Ruhe zu bewahren", den Mann zu besänftigen und, statt die Polizei zu rufen, lieber "abends etwas Schönes zu machen". [4] Das sind die Zustände patriarchaler Ausbeutung, Unterwerfung und Gewalt, die das Erdogan-Regime allen Frauen im Land als gottgewollte Ordnung aufzwingen will.

Anmerkungen:

[1] www.jungewelt.de/artikel/379685.repression-in-der-tuerkei-schlag-gegen-opposition.html

[2] www.tagesspiegel.de/politik/erdogan-entzieht-eigenmaechtig-mandate-putsch-gegen-das-parlament/25891744.html

[3] www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-parlament-entzieht-drei-oppositionspolitikern-das-mandat-a-aff2d11b-247c-452e-be62-47d14a029e87

[4] www.heise.de/tp/features/Tuerkei-Zerschlagung-der-Frauenbewegung-4776562.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1707.html>

EUROPOOL / POLITIK

Faschistische Randalen in Rom wollte die Regierung stürzen, Lega-Führer Salvini seinen Abstieg aufhalten

(Gerhard Feldbauer, 8. Juni 2020) - In Rom demonstrierten am Sonnabend auf dem Gelände des historischen Circo Massimo mehrere hundert Faschisten verschiedener Couleur, darunter Fußball-Ultras von Lazio Rom und Inter Mailand, der größten Ultra-Gruppe, mit der Sturmtruppe der Lega, der Forza Nuova (Neue Kraft), an der Spitze, um die Regierung mit den Sozialdemokraten (Partito Democratico - PD) und der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) zu stürzen. Wie die Nachrichtenagentur "ANSA" berichtete, grölten Sprechchöre "Duce, Duce", warfen Brandflaschen und Rauchbomben, setzten den Rasen in Brand und griffen Journalisten an. Bei Zusammenstößen mit einem starken Polizeiaufgebot mit Wasserwerfern gab es 15 Verletzte, mehrere Personen wurden verhaftet.

Die Rechnung von Lega-Führer Salvini, der Zigtausende Teilnehmer angekündigt hatte, ging jedoch nicht auf. Noch vor der Abendveranstaltung war "der Circus Maximus kurz nach 17 Uhr bereits leer", so "ANSA". Die neuen faschistischen Ausschreitungen riefen ungewöhnlich scharfe antifaschistische Proteste hervor. Der Regionalrat der von dem PD unter ihrem Sekretär Nicola Zingaretti angeführten Regierung des Laziurn, Daniele Ognibene, von der Linkspartei Freie und Gleiche (LeU), charak-

terisierte die Gewaltausbrüche als Ergebnis der seit Monaten von der Lega Salvinis und den Brüdern Italiens von Meloni mit terroristischen Methoden geführten Kampagne, das Kabinett Conte zu stürzen, um selbst die Regierung zu übernehmen. Die Forza Nuova habe dabei "den Staffelfstab übernommen und setze das Zentrum Roms in Brand". Das sei "eine Rückkehr zum Terror der Spannungsstrategie der 70er und 80er Jahre". Es "sei Zeit, die Höhlen des Neofaschismus, ihre mit keltischen Kreuzen trapierten Kneipen, wie in der Via Taranto, zu schließen" und die Gesetze, die "jegliche Propaganda und Bezugnahme auf den Faschismus verbieten, anzuwenden."

Das kommunistische Online-Portal "Contropiano" verwies am Sonntag darauf, dass es sich um die vierte faschistische Randale in den vergangenen fünf Tagen handelte, an der auch eine "neonazistische nationale Partei" beteiligt gewesen sei. Das zielt auf eine im Dezember 2019 von der Antiterrorpolizei Divisione Investigazioni Generali e Operazioni Speciali (DIGOS) aufgedeckte "Nationalsozialistische italienische Arbeiterpartei" (NSIAP) mit einem weitverzweigten Terrorapparat. Wie "ANSA" damals berichtete, wurden "umfangreiches faschistisches, antisemitisches Propagandamaterial, darunter ein Parteiprogramm, sowie Waffen, Bomben und Sprengstoff sichergestellt".

Einen Hoffnungsschimmer hatte diesbezüglich das Eingreifen der Staatsanwaltschaft von Rom vermittelt, die am Donnerstag die Zentrale der Casa Pound, einer weiteren mit der Lega liierten Stoßtruppe, die zu den Initiatoren

der Kundgebung am Sonnabend gehörte, beschlagnahmt hatte. Es handelte sich um ein Haus in der Via Napoleone III, das die Faschisten seit Jahren besetzt und in dem sie ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten. Gegen Casa Pound, die sich wiederholt an der Vertreibung von Sinti und Roma und an Morddrohungen gegen sie beteiligt hatte, wurden Ermittlungen wegen Verbreitung von Rassenhass eingeleitet. Die römische Bürgermeisterin Virginia Raggi von M5S nannte die Schließung der Casa-Pound-Zentrale "einen Sieg für die Stadt". Die Operation erfolgte auf Grund einer Anzeige, die der Nationale Partisanenverband ANPI erstattet hatte.

Der von Salvini am Sonnabend großmäulig angekündigte Aufmarsch von Zigtausenden dürfte nach Meinung von Beobachtern auch zum Ziel gehabt haben, das eigene im Sinken begriffene Image aufzubessern. Seit Beginn der Corona-Pandemie verlieren seine Trümpfe ihre Wirkung. Seine Auftritte an den Stränden, die Bäder in der Menge, der ständige Wahlkampf auf Straßen und Plätzen fielen aus, die Corona-Toten wurden zu einer tausendmal realeren Gefahr und rückten seine Migranten-Verfolgung an den Rand. Der PD gewinnt an Einfluss in der Regierung, die mit den Stimmen von M5S aus der Wahl 2018 (gut 32 Prozent) die Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments behauptet. Laut dem Online-Portal "Aus Sorge um Italien" vom 21. Mai setze "langsam aber stetig Salvinis Abstieg ein". Zwar bleibe die Lega in den Umfragen noch stärkste Partei, sinke aber von 38 Prozent im August 2019 auf knapp 27 Prozent und komme "in Sichtweite des PD,

der immer noch bei gut 21 Prozent" liegt, obwohl er inzwischen 3 Prozent an Renzis Abspaltung Italia Viva verloren habe.

In der Lega habe das, wie der römischen Tageszeitung "La Repubblica" bereits am 25. Mai zu entnehmen war, dazu geführt, über einen Führungswechsel nachzudenken. Als Nachfolger ist derzeit der Gouverneur (Regierungschef) von Venetien, Luca Zaia, im Gespräch. Seine Maßnahmen gegen eine Ausbreitung der Corona-Epidemie seien wirksam gewesen und seine Region werde, so "La Repubblica", als "Modell für ganz Italien" gesehen.

Wie "ANSA" am Montag weiter meldet, hat der PD Einwände, dass Premier Conte auf einer "Generalstände" genannten Versammlung mit der Opposition über die Nutzung des Wiederaufbauplanes der EU verhandeln will. Leitungsmitglied Matteo Orfini habe betont, es sei "an der Regierung", die Entscheidungen zu treffen und dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen. Am Dienstag berichtet "ANSA", der Ministerpräsident bleibe bei der Absicht, die sogenannten Generalstände zur Beratung seines Planes zur Beantragung der Finanzhilfen aus dem Wiederaufbauplan der EU einzuberufen ungeachtet der von der PD vorgebrachten Kritik an der Teilnahme der rechten Opposition.

Nach Lage der Dinge wolle er zunächst mit seinen "Verbündeten" - also den Regierungsparteien - beraten. Die Konsultationen sollen am Freitagnachmittag beginnen. Aus Regierungsquellen verlautbarte, dass es "keine Spannung mit dem Delegationsleiter des PD" Nicola Zingaretti gebe,

es bestünde kein "Kontrast zu Conte", aber es sei "ein Wendepunkt erforderlich", so ANSA.

Die Agentur zitiert Zingaretti mit den Worten, dass das Szenario "neue Entscheidungen und eine entscheidende Änderung mit den Verbündeten" erfordere. Dies sei "das Herzstück der Konfrontation, mit der Conte in diesen Stunden" befaßt sei, sie werde in den kommenden Wochen fortgesetzt. Dringende Antworten, die die Stahlwerke Mittal und Alitalia betreffen, müßten gefunden werden.

Den Hintergrund bildet die Einschätzung des Statistischen Amtes ISTAT, wonach 2020 "ein deutlicher Rückgang des BIP von 8,3% und eine teilweise Erholung im Jahr 2021 mit einem Anstieg von 4,6%" zu erwarten sei. Wie das Institut unterstreicht, werden die "Ausbreitung der Covid-19-Epidemie und die daraus resultierenden von der Regierung beschlossenen Eindämmungsmaßnahmen" tiefgreifende Auswirkungen hinsichtlich der Perspektiven für die Wirtschaft des Landes haben. Die Pandemie sei ein "beispielloser Schock", dessen Quantifizierung durch "große Unsicherheit" gekennzeichnet sei. Vorherige Einschätzungen für das laufende Jahr, "die eine Abwärtskorrektur des BIP von insgesamt etwa 9 Prozentpunkten" vorsahen, wurden bereits korrigiert.

*

Quelle:

© 2020 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung
des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0337.html>

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / MEINUNGEN

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Goodbye US-Truppen -

Weniger Militär bedeutet mehr Frieden

von Reto Thumiger, 8. Juni 2020

Der US-Präsident hat entschieden, bis zu 15.000 Soldaten aus Deutschland abzuziehen. Diese Mitteilung des Spiegel [1] von Ende letzter Woche schlug bei den Transatlantikern fast wie eine Bombe ein.

Bei der Hälfte der Bevölkerung in Deutschland, die für einen kompletten Abzug der US-Truppen sind, ist die Nachricht eher eine Friedenstaube am Horizont.

Gemäss des Wall Street Journal habe Trumps Sicherheitsberater Robert O'Brian bereits ein entsprechendes Memorandum unterschrieben.

"Was wir von Donald Trumps Ankündigungen halten müssen, wissen wir spätestens seit seinen Aussagen, Truppen aus Afghanistan und Syrien abzuziehen. Er lügt, wenn er den Mund aufmacht", relativieren Reiner Braun und Pascal Luig vom Koordinierungskreis der Kampagne Stopp Air Base Ramstein die Ankündigung.

US-Truppen in Europa gefährden den Frieden, sie erhöhen die Kriegsgefahr und tragen zur Militarisierung dieser Länder bei. Sie sind eine tägliche Bedrohung

für die Bevölkerung und die Umwelt. Sie sind Kernbestandteil der Konfrontationspolitik mit Russland. Weniger Truppen und Militär können den Weg zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit in Europa öffnen.

Die Entscheidung, die ohne die sonst übliche Absprache zwischen NATO-Partnern gefällt wurde, stellt gleichzeitig eine historische Chance dar. Ist es doch der richtige Zeitpunkt, dass die Bundesregierung das Stationierungsabkommen mit der USA kündigt.

"Trump, nimm mit Deinen Truppen auch gleich die Atomwaffen aus Büchel mit nach Hause!", fordert Reiner Braun erneut und fügt auch gleich hinzu, dass es sich jetzt rächt, dass die Politik in Rheinland-Pfalz und an vielen anderen Orten von Deutschland Konversionspläne nicht einmal in Erwägung gezogen hätten.

DIE LINKE begrüsst als einzige Bundestagspartei Trumps Ankündigung eines möglichen Abzugs von US-Truppen aus Deutschland und hofft, dass es sich nicht nur um Wahlkampfge-töse handelt.

"Die Bundesregierung muss den überfälligen Komplettabzug der US-Soldaten aus Deutschland samt Atomwaffen in die Wege leiten und in der NATO verhindern, dass die Sicherheit Europas durch provokative US-Truppenverlegungen an die Grenze zu Russland gefährdet wird", erklärt Sevim Dagdelen, Außenpolitikerin und Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss.

"Der Teilabzug der US-Truppen sollte mit den Soldaten beginnen, die auf der US Air Base in Ramstein in Rheinland-Pfalz am völkerrechtswidrigen Killerprogramm des Drohnenkrieges betei-

ligt sind. Mit einem Abzug der US-Truppen samt Atomwaffen aus Deutschland wären auch die nukleare Teilhabe der Bundeswehr und die von Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer geplante Anschaffung neuer Atombomber aus US-Produktion für die Bundeswehr obsolet. Die frei werdenden Mittel werden dringend für Gesundheit und Bildung gebraucht", so Dagdelen weiter.

Anmerkung:

[1] <https://www.spiegel.de/politik/ausland/usa-donald-trump-plant-massiven-truppenabzug-aus->

deutschland-a-50b6a2ce-76f9-4a40-a24b-0c99398e46ed

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0478.html>

BILDUNG UND KULTUR / FAKTEN / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Berliner Humboldt Forum mit Kreuz gekrönt

von Frank Nicolai, Humanistischer Pressedienst, 2. Juni 2020

Bereits im Vorfeld gab es viel Kritik an dieser Zurschaustellung christlicher Macht. Zumal in Berlin, der wahrscheinlich säkularsten Stadt Deutschlands. Doch als wäre das nicht genug, steht nun über der deutschen Hauptstadt "dass im Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Kniee, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind."

Selbst die Kuratorin Mahret Kupka sieht hier [1] eine vertane Chance. "Das Kreuz stehe zwar mit dem Stadtschloss als Ur-

sprungsgebäude in Verbindung. Mit der ohnehin nicht originalen Rekonstruktion hätte das Symbol aber auch überdacht und reflektiert werden können."

Das Spruchband, das die Unterwerfung aller Menschen unter das Christentum fordere, ist ihrer Auffassung nach "eine sehr krasse Aussage, die tatsächlich alles unterläuft, was das Humboldt Forum vorgibt, sein zu wollen." Das Kreuz wie auch der auf die Bibel zurückzuführende Spruch stehen auch in der Tradition eines längst überwunde-

nen Kolonialismus. "Das Christentum ist ein Kanal gewesen, über den auch der Kolonialismus mitfunktionierte und bestärkt wurde. Es geschah quasi im Namen des Christentums, das Dinge geraubt oder zerstört wurden." Was diese Machtzurschaustellung für eine multikulturelle, heterogene, postmigrantisches Gesellschaft wie Deutschland bedeute; darüber haben sich die Befürworter des Kreuzes viel zu wenig Gedanken gemacht.

Ganz anders sieht das [2] (erwartungsgemäß) Johann Hinrich Cl-

aussen, Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche. "Erstens steht ja keine Zwangsmissionierung Berlins bevor, und zweitens wird man diesen Spruch von unten kaum lesen können." Bei dieser Argumentation muss allerdings die Frage erlaubt sein: Weshalb musste der Spruch denn dann sein?

Jürgen Zimmerer, Professor für Globalgeschichte an der Universität Hamburg, kritisiert, dass man mit dem Kreuz und dem Spruch die Geschichte Preußens unangemessen heroisiert. "Das Kreuz steht in diesem Kontext auch für das Gottesgnadentum der Hohenzollern, also für eine undemokratische Ausrichtung, für einen universellen Herrschaftsanspruch."

In der FAZ [3] weist Andreas Kilb darauf hin, dass das Kreuz auf den alten Stadtschloss "eine Machtgeste des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. [war], der damit sein Verständnis monarchischer Herrschaft illustrierte. [...] Im Klartext heißt das, dass Friedrich Wilhelm die Ansichten anderer über sein angemessenes Gottesgnadentum egal waren. Seine Untertanen hatten ihm ebenso bedingungslos zu gehorchen wie dem Wort Christi." Und das darf keinesfalls als Wahlspruch über dem Humboldt Forum stehen, das sich selbst [4] als "Forum für Kultur und Wissenschaft" versteht. Kalb schreibt weiter: "In einem Online-Dossier, das die Stiftung Humboldt Forum auf ihrer Website veröffentlicht hat, gibt Monika Grüters zu Protokoll [5], das Kuppelkreuz sei ein Symbol für 'Nächstenliebe, Freiheit, Weltoffenheit und Toleranz'. Der ehemalige Bundespräsident Wolfgang Thierse erklärt, das Kreuz sei 'Teil unserer Pluralität'. Haben die beiden die

Umschrift nicht gelesen? Sie ist der Text, der das Symbol erläutert: als Insignie der Intoleranz."

Grüters jedoch hält das Kreuz nicht für ein Zeichen des Alleinanspruchs der christlichen Religion. "Davon sind wir in dieser sehr säkularen Stadt Berlin und auch in einem Deutschland, was sehr genau unterscheidet zwischen der Rolle der Glaubensgemeinschaften und dem Staat weit entfernt", so die Kulturstatsministerin: "Insofern ist die Provokation, die in dieser Frage liegt, vielleicht eine gute Stimulanz für eben die Kontroversen und die Auseinandersetzung, die wir dazu führen werden."

Seltsam nur, dass diese von ihr angeregten "Kontroversen und Auseinandersetzungen" erst geschehen sollen, wenn Tatsachen geschaffen wurden und das Kreuz sowie der Allmachtsanspruch des Christentums im Himmel über Berlin thront.

Erstveröffentlichung:

<https://hpd.de/artikel/berliner-humboldt-forum-kreuz-gekroent-18097>

Anmerkungen:

[1] <https://www.stern.de/kultur/kuratorin-uebt-kritik-berliner-stadtschloss-wird-mit-umstrittenem-kreuz-gekroent-9281574.html>

[2] <https://www.dw.com/de/humboldt-forum-streit-ums-kreuz/a-53605593?maca=de-rss-de-all-1119-rdf>

[3] <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/das-kuppelkreuz-auf-dem-humboldt-forum-glaenzet-mit-falscher-symbolik-16790336.html>

[4] <https://www.humboldtforum.org/de/>

[5] <https://www.rbb24.de/kultur/beitrag/2020/05/berlin-stadtschloss-humboldtforum-kuppel-kreuz.html>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/fakten/bkfm0217.html>

Kooperationspartner



poonal

Pressendienst lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.dee>



Pressenza

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

BUCH / SACHBUCH / REZENSION

Bruce Lee

Know Yourself

Die Geheimnisse meines Erfolgs

Bruce Lee

Know Yourself

Die Geheimnisse meines Erfolgs

O. W. Barth, München, 2020

265 Seiten

ISBN: 978-3-426-29302-7

(SB) 9. Juni 2020 - Als Bruce Lee am 20. Juli 1973 bei Dreharbeiten in Kowloon mit nur 32 Jahren überraschend starb, löste dies bei Millionen seiner Fans rund um die Welt Bestürzung und Trauer aus. Lee galt als fittester Mann auf Erden. Mit einer Reihe höchst erfolgreicher, von ihm choreographierter Kung-Fu-Kinostreifen hat er nicht nur den Actionfilm revolutioniert, sondern auch weltweit reges Interesse an fernöstlichen Kampfkünsten entfacht. Deshalb kursierten damals Gerüchte, Lee sei einem mysteriösen Anschlag zum Opfer gefallen - entweder seitens der chinesischen Triaden, mit denen er sich als Jugendlicher in Hongkong angelegt hatte, worauf ihn seine Eltern an die Hochschule nach Seattle schickten, oder irgendwelcher Kung-Fu-Mönche, die verhindern wollten, daß er ihre Geheimtechniken publik machte. Laut Obduktionsbericht fiel Lee einem Hirnschlag zum Opfer, der eventuell durch die Einnahme von Schmerzmitteln und Kortison zur Behandlung eines Bandscheibenvorfalles begünstigt bzw. herbeigeführt wurde.

Bruce Lee, einst Schüler des Wing-Chung-Großmeisters Yip Man, geht als größter Kampfkünstler des 20. Jahrhunderts in die Geschichte ein - zurecht. Der Zweikampf zwischen ihm und

dem damaligen Karateweltmeister Chuck Norris aus den USA in den Katakomben des römischen Kolosseums im Film "The Way of the Dragon" ("Die Todeskralle schlägt wieder zu"), aus dem Jahr 1972 stellt einen absoluten Meilenstein der Cinematographie dar. Von nicht geringerer Bedeutung ist auch die Tatsache, daß Lee als Hauptdarsteller seiner Filme das damals im Westen gängige Klischeebild des Chinesen, der in Western entweder als namenloser Eisenbahnverleger oder als Koch, wie Hop Sing in der TV-Serie Bonanza, oder in Horrorstreifen als finstere Gestalt wie der nach Weltherrschaft strebende Dr. Fu Manchu zu sehen gewesen war, vollkommen zertrümmerte. In dem ebenfalls 1972 erschienenen "Fist of Fury" ("Todesgrüße aus Schanghai") kämpft Lee als nationalistischer Kung-Fu-Vertreter gegen Angehörige des japanischen Besatzungsregimes zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Paris des Orients, entlarvt deren hölzernen Karate-Stil als unterlegen und erklärt stolz am Ende, die Chinesen seien nicht länger die "Kranken Männer Asiens".

1972 war auch das Jahr, in dem sich China durch den historischen einwöchigen Besuch des US-Präsidenten Richard Nixon einschließlich des Treffens zwischen ihm und Revolutionsführer Mao

Zedong in Peking der Welt wieder öffnete. Nach mehr als einem Jahrhundert grausamster kolonialer Ausbeutung, zweier verheerender Weltkriege sowie eines blutigen Bürgerkriegs zwischen Kommunisten und Nationalisten hatte sich ab 1949 die neue Volksrepublik von der Welt praktisch abgeschottet, um die Wunden zu heilen und wieder auf die Beine zu kommen. Wie der Zufall so will, verkörperte Lee Anfang der siebziger Jahre geradezu das wiedererwachte China und wurde deshalb auch von Millionen von Menschen in den Ländern Asiens und Afrikas, die sich ab 1945 von der europäischen oder japanischen Kolonialherrschaft befreien konnten, angehimmelt.

Gerade in einer Phase, in der sich die Beziehungen zwischen den USA und der aufstrebenden Supermacht China rapide und drastisch verschlechtern - nicht zuletzt wegen der extrem aggressiven Haltung der Regierung Donald Trumps - mutet es mehr als opportunistisch an, daß Regisseur Quentin Tarantino, nach eigenem Dafürhalten der größte Kenner und Bewunderer asiatischer Kung-Fu-Filme überhaupt, in seiner jüngsten Produktion "Once Upon a Time in Hollywood", die Ende der sechziger Jahre in der Traumfabrik in Los Angeles spielt, den noch nicht berühmten

Bruce Lee als arroganten, eingeildeten Luftikus zeigt, der am Filmset für die TV-Serie "Green Hornet" vor versammelter Crew behauptet, im Ring hätte Schwergewichtsweltmeister Muhammad Ali gegen ihn nicht die geringste Chance, und dafür gleich bei einem Sparring-Duell mit dem amerikanischen Stuntman Clint Booth, gespielt von Brad Pitt, recht schnell auf den harten Boden der Realität geschickt wird.

Zweifelsohne hätte es Lee in seiner kurzen Filmkarriere ohne eine gehörige Portion Selbstbehauptungswillen und Durchsetzungsvermögen nicht so weit gebracht. Doch von Freunden und Kollegen wurde er sehr geschätzt. Steve McQueen und James Coburn, gleich zwei von John Sturges' "Glorreichen Sieben", waren Schüler Lees in Los Angeles. Die beiden großen Actionhelden haben Lee bei seiner Beerdigung in Seattle am 30. Juli 1973 als Sargträger die letzte Ehre erwiesen. McQueen und Coburn kommen am Ende des Buchs "Know Yourself - Die Geheimnisse meines Wissens", einer Sammlung der philosophischen Reflexionen Lees, zu Wort. Sie bezeugen seine Offenheit, Brüderlichkeit sowie seinen Drang zu ständiger Selbstkritik. Der große Basketball-Star Kareem Abdul-Jabbar, der während seiner Zeit als Spieler für die L.A. Lakers ebenfalls bei Lee dessen Stil Jeet Kune Do studierte, hebt sogar die "Integrität, mit der Bruce sein Leben führte ... Philosophie gelehrt und versucht [hat], Wissen und Weisheit zu verbreiten" hervor. Alle drei Männer bezeugen den großen Einfluß, den die Gespräche mit Lee auf ihr Leben gehabt haben.

Zu behaupten, Lee habe ein eigenes philosophisches Denkgebäude hinterlassen, wäre übertrieben. Das Buch "Know Yourself" gewährt dem Leser gleichwohl einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt Lees, läßt ihn an seinen Ansichten und Eindrücken teilhaben. Die vorliegende Lektüre besteht aus Notizen, die Lee zwecks besserer Selbsterkenntnis angelegt hatte. Seine Lebensphilosophie, wenn man so will, besteht zum größten Teil aus Elementen der östlichen Glaubensrichtungen Taoismus und Zen-Buddhismus, dazu kommen ethische Aspekte aus dem Konfuzianismus sowie Anregungen aus der humanistischen Psychologie Abraham Maslows. Alles steht im Zeichen der Selbstverwirklichung, als müßte man nur "sich selbst treu" sein, um ein glückliches, erfülltes Leben führen zu können.

Da Lee praktisch ganz am Anfang seiner philosophische Reise stand, als er starb, wäre es vollkommen ungerecht, ihm an dieser Stelle Oberflächlichkeit vorzuwerfen. Hätte er länger gelebt, hätte Bruce Lee seine persönlichen Notizen vermutlich niemals in dieser Form der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, sondern bestenfalls als Sammelablage für ein tiefergehendes Schriftwerk benutzt. So werden zahlreiche Begriffe wie "Selbst" oder "Wahrheit" unhinterfragt als Axiome benutzt. Völlig nebulös bleiben auch Anweisungen wie "sei wie Wasser". Heißt das, der Mensch sollte sich in eine Qualle verwandeln? "Die Geheimnisse" von Lees Erfolg sind in Wirklichkeit keine. Dafür jedoch lernt man die Motivlage und die Ansichten eines der profiliertesten Grenzgän-

gers zwischen Ost und West auf dem Höhepunkt seines Ruhms kennen und wird zudem von diesem an die fernöstliche Philosophie - Prinzipien wie Yin und Yang oder auch Wu-hsin - herangeführt. Wem das genügt - und es ist nicht wenig - kommt mit "Striking Thoughts", so lautet der englische Originaltitel, voll auf seine Kosten.

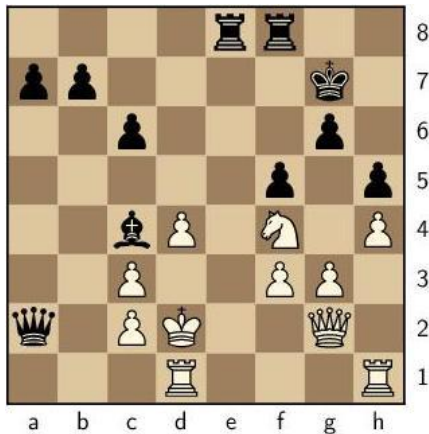
<http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar723.html>

SCHACH - SPHINX

Treue Gefährten

(SB) - Den letzten Todesstoß zu finden, ist nicht immer einfach, entlarvt jedoch auch eine moralische Seite. Schon der Ausdruck Todesstoß, der in der Schachliteratur häufig auftritt, kann einer frommen Seele nicht schmecken, die sogleich eine Teufelei wittert und das Schach aus ethisch-religiösen Gründen in der Vergangenheit daher auch offen abgelehnt hat. Schläue, Skrupellosigkeit und wie man die Untugenden alle nennen möchte, sind unterdessen die treuesten Gefährten des Schachspielers, und er hat auch keine Probleme damit, andere hinters Licht zu führen oder sie an eine Mattfolge auszuliefern. Harmonie verträgt sich eben mit dem Schachspiel nicht, und mag eine Christenseele darüber auch erbost sein. Einflüsterungen einer besonders perfiden Art erfuhr jedenfalls Lamberti, als er in seiner Partie gegen Taylor nach 1...Lc4-b3! 2.Kd2-d3 einen teuflischen Zug fand. Also Wanderer,

im heutigen Rätsel der Sphinx hat Moral nichts zu suchen.



Taylor - Lamberti
Imperia 1961

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Szabó übersah bei seinem Zug 1...Tc8-f8? leider die Remisfolge 2.Df7xg7+!! Tg8xg7 3.Tf1xf8+ Tg7-g8 4.Tf8-f7! und da die schwarze Dame zur Deckung des bedrohten Feldes h7 nicht herangeführt werden konnte, fügte sich Szabó notgedrungen nach 4...Tg8-c8 5.Tf7xh7+ dem Dauerschach.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07296.html>

Täglich eine neue
Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

SCHATTENBLICK

Schattenblick - eine elektronische Zeitung

Der Schattenblick, seit 1994 der Name einer elektronischen Zeitung, die als kostenloses Nebenprodukt eines umfassenden Verlags-Serviceprojektes entstanden ist, wird heute über das Internet angeboten. Täglich werden zwischen 150 und 300 Nachrichten, Kommentare, Interviews, Reportagen, Berichte, Dokumentationen und Veranstaltungsübersichten neu in den Schattenblick eingeleitet. Insgesamt hält das große Lesespektrum des Schattenblick so 200.000 bis 230.000 Beiträge aus den folgenden Themenbereichen vor:

Bildung und Kultur, Buch, Bürger & Gesellschaft, Computer, Die Brille (Literatur), Dienste, Europool, Geisteswissenschaften, Gesellschaften, Kinderblick, Kunst, Martial Arts, Medien, Medizin, Musik, Nachrichten, Naturwissenschaften, Pannwitzblick (Medium und Presse für die Interessen sogenannter behinderter Personen), Parlament, Politik, Recht, Redaktion, Religion, Schach und Spiele, Sozialwissenschaften, Sport, Talk, Tiere/Tierschutz, Umwelt, Unterhaltung und Weltanschauungen.

Gründlich recherchiert, quellensicher und sozialkritisch orientiert finden sich im Schattenblick zahlreiche redaktionelle Eigenbeiträge in einer geordneten Mischung mit unterschiedlichen Veröffentlichungen anderer Medien, Periodika und Nachrichtenmagazine sowie diversen Publikationen aus Instituten und Einrichtungen von Wissenschaft, Bildung und Technik zu einem weitreichenden Bild oder Spiegel gesellschaftlicher Wirklichkeiten zusammen.

MA-Verlag, Redaktion SCHATTENBLICK

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare
... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

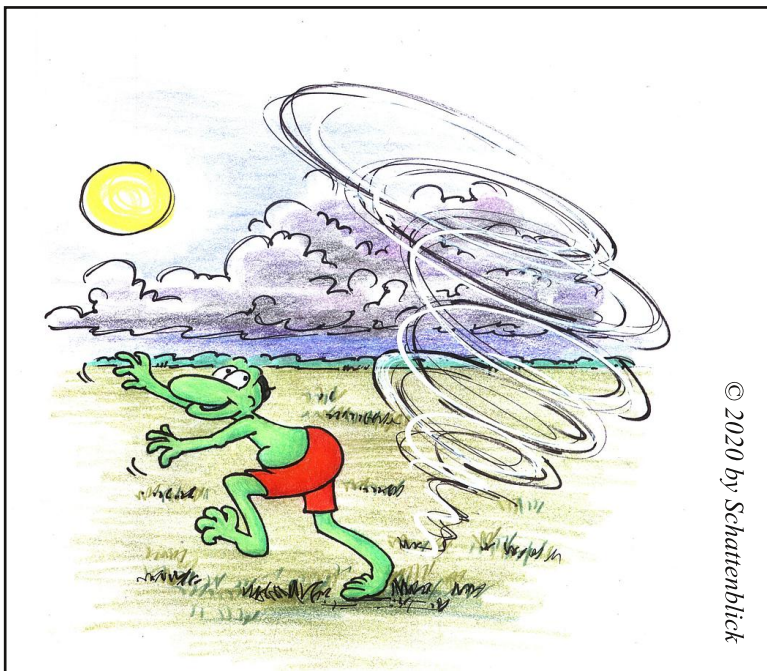
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

- 1 POLITIK - REDAKTION: USA und Europa befeuern Kriege in Afrika ...
- 3 POLITIK - KOMMENTAR: Türkei - kurz, Präsident Erdogan hat die Macht ...
- 6 EUROPOOL - POLITIK: Faschistische Randalen in Rom wollte die Regierung stürzen (Feldbauer)
- 8 MEINUNGEN: Abzug der US-Truppen - Weniger Militär bedeutet mehr Frieden (Pressenza)
- 9 BILDUNG UND KULTUR - FAKTEN: Berliner Humboldt Forum mit Kreuz gekrönt (Pressenza)
- 11 BUCH - SACHBUCH: Bruce Lee - Die Geheimnisse meines Erfolgs
- 12 SCHACH-SPHINX: Treue Gefährten
- 14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 10. Juni 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 10. Juni 2020

Vorhersage für den 10.06.2020 bis zum 11.06.2020



Sonne pur und Wolken dicht
wechselt heut' das Himmelsbild,
und die Lüfte stehen schlicht
und dann wirbeln sie wie wild.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.